

A N F R A G E

des Abgeordneten Hubert Ulrich (B90/Grüne)

betr.: Position der Landesregierung zur geplanten Pkw-Maut

Die Pkw-Maut für Bundesfernstraßen in Deutschland könnte bald kommen: Die Bundesregierung und die EU-Kommission haben sich auf einen Kompromiss geeinigt, der das Vertragsverletzungsverfahren vorerst auf Eis legt. Nachdem keine Eins-zu-Eins-Entlastung mehr für deutsche Autofahrer durch die Kfz-Steuer vorgesehen ist, soll die Entlastung künftig abhängig vom Schadstoffausstoß sein. Darüber hinaus soll es mehrere Preisstufen für die Vignette geben.

Diese Rechtsvorschriften müssen zunächst noch vom Bundestag verabschiedet werden.

Die Einführung einer Infrastruktur hat seit Beginn der Diskussion für viel Streit gesorgt. Umweltschützer kritisieren vor allem an den Plänen, dass der motorisierte Individualverkehr in Zukunft für viele Autofahrerinnen und Autofahrer gegenüber der Bahn noch attraktiver wird, weil in Deutschland zugelassene Autos mit schadstoffärmeren Klassen besonders entlastet werden sollen. Außerdem bevorteile die Vignette Vielfahrerinnen und Vielfahrer, was nicht nur als unökologisch, sondern auch als unsozial bewertet wird.

Darüber hinaus könnten sich negative wirtschaftliche Nachteile für das Saarland als Grenzregion ergeben. Im Bundesrat gab es zu dieser Thematik im Mai 2015 eine Abstimmung, in der es um die Einberufung eines Vermittlungsausschusses ging, der sich u.a. mit dieser Problematik beschäftigte. Während die zuständigen Fachausschüsse die Anrufung des Vermittlungsausschusses noch empfahlen, fand sie im Plenum keine absolute Mehrheit mehr.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Regierung des Saarlandes:

1. Wie stimmten Vertreter der saarländischen Landesregierung in der Frage um die Anrufung des Vermittlungsausschusses zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für Bundesfernstraßen in den zuständigen Fachausschüssen des Bundesrats ab?
2. Wie verhielt sich das Saarland bei der Abstimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses in der Bundesratssitzung vom 8.05.2015?
3. Wie positioniert sich die Landesregierung zu dem neuen Konzept des Bundesverkehrsministers?
4. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen erwartet die Landesregierung von der Einführung einer Infrastrukturabgabe in der aktuell geplanten Form?
5. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um die Infrastrukturabgabe zu verhindern oder zu modifizieren?